

# Lichtenstein-Gallnberger Tageblatt

## Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohendorf, Nördl. Sensdorf, Riedorf, St. Egidien, Heinrichsort, Neudorf, Radisch, Ottendorf, Wölzen St. Nicles, St. Jacob, St. Michael, St. Margaretha, Thurn, Niedermüllen, Quitschenhof und Linsheim

## Amtsblatt für das Agl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Alteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

56. Jahrgang.

Donnerstag, den 19. April

Telegrammabreite:  
Tageblatt. 1906.

Nr. 88. Herausgegeben von:

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Feiertags) nachmittags für den folgenden Tag. Poststempelkosten 1 Mark 25 Pf., durch die Post bezogen 1 M.R. 50 Pf.  
Sämtliche Nummern 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen unter der Ausgabe in Lichtenstein, Postamtstraße 297, alle Reichlichen Postbeamten, Postboten, sowie die Kastellier entgegen.  
Sonderate werden die fünfgepfändete Gewerbe mit 10, für auswärtige Interessen mit 15 Pfennigen berechnet. Im einzelnen Teil kostet die zweitlängste Zeile 20 Pfennige. — Inseraten-Mindestpreis  
täglich bis höchstens zweitlängstens 10 Mark.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Schnittwarenhändlers Emil Hugo Leicher in Lichtenstein ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis bei der Verteilung zu berücksichtigenden Vorberichtigungen und zur Beschlussfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlussurkunde auf den 11. Mai 1906, nachmittags 3 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte bestimmt worden.

Lichtenstein, den 14. April 1906.  
Königliches Amtsgericht.

Schulzenstraße einmündende, ebenfalls im vorigen Jahre neu angelegte Straße den Namen „Gübelstraße“ zu führen hat.

Lichtenstein, am 17. April 1906.

Der Stadtrat.  
Stedner,  
Bürgermeister.

## Stadtsparkasse Gallenberg.

verzinnt alle Einlagen mit

3½ %.

Die an den ersten drei Tagen eines Kalendermonates bewirkten Sparzinsen werden für den vollen Monat verzinst.  
Die Kasse expediert an jedem Werktag von 8 bis 12 Uhr vor mittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags und behandelt alle Geschäfte streng geheim.

Berlin. (Die Kaiserin) wird, neueren Dispositionen folge, der Kaiser auf seiner Reise nach der Wartburg nicht begleiten, vielmehr sich am 19. d. M. abends mit den jüngsten kaiserlichen Kindern mittels Sonderzuges von Berlin direkt nach Coburg v. d. H. begeben. Die Ankunft dasselbe ist auf Freitag, den 20. d. M. 10½ Uhr vormittags festgesetzt. Der Kaiser wird dagegen am Mittwoch (18.) vormittags auf der Wartburg eintreffen.

(Das Kaisertelegramm.) Die "Japan Times" schreiben: Das Telegramm des Kaisers an Goluchowski enthält ein Geständnis, warum Deutschland gefügt hat, eine friedliche Lösung der Marokko-Frage herbeizuführen. Wie man aus London telegraphiert, sind die Österreicher erheitert, weil in dem Telegramm angekündigt sei, daß die Stellung Österreich-Ungarns unbedeutender sei als die Deutschlands. — (Selbstverständlich besteht diese österreichische "Erheitung" ebenso wie die angebliche Herabsetzung Österreichs durch das Kaisertelegramm nur in der Phantasie der Londoner Pressekorrespondenten. Red.)

(Fürst Bülow) wird, wie die "Z. R." meldet, in den nächsten Tagen seine Urlaubskreise antreten. Sein Befinden ist nach wie vor zufriedenstellend. Professor von Henvers hat erklärt, daß er keine Krankheitsberichte ausgeben könne, da keine Krankheit vorliege.

(Der neue Gouverneur von Deutsch-Ostafrika.) Die schon früher verbreitete Nachricht von der bevorstehenden Ernennung des Freiherrn von Reichenberg zum Gouverneur von Deutsch-Ostafrika wird jetzt von der "Nord. Allg. Zeitg." in der Form bestätigt, daß sie die vollzogene Ernennung durch den Kaiser melde. Freiherr von Reichenberg ist 1859 in Madrid geboren und entstammt altem sächsischen Adel. Er gehört seit 1889 dem Auswärtigen Amt an.

(Diplomatischer Dienst.) Die Nord. Allg. Zeitg. meldet: Wie verlautet, ist der Botschaftsrat in London, Graf von Westroff, zum Generalkonsul für Ägypten ernannt worden und wird durch den Madrider Botschaftsrat von Stumm ersetzt werden, dieser durch den zweiten Sekretär der Botschaft in Rom, Legationsrat Freiherr von der Lancken, und dieser durch den Legationssekretär bei dem Generalkonsul in Kairo Legationsrat Graf Wedel.

(Einführung einer 3b. Wagenklasse.) Auf der Konferenz der Vertreter sämlicher deutscher Eisenbahndirektionen, die lebhafte in Berlin stattfand, stimmten Bayern und Baden im Prinzip der Einführung des 2Pfennigtariffs für die "billigste" Wagenklasse zu. Die für süddeutsche Ohren so obdachige Bezeichnung "4. Klasse" wurde nicht angenommen, vielmehr soll in Bayern und Baden diese Wagenklasse als "3b" bezeichnet werden. Daß diese Bezeichnung besonders schön und praktisch ist, können wir nicht behaupten; sicher ist, daß sie zu vielen unliebsamen Verwechslungen Anlaß geben wird. Elsass-Lothringen wird die 4. Klasse einführen, während Württemberg eine endgültige Erklärung noch nicht abgegeben hat, diese wird vielmehr erst auf der am 24. April in Stuttgart zusammengetretenden Eisenbahn-Konferenz erfolgen.

## Bekanntmachung.

Wir geben hierdurch bekannt, daß die am Grundstück der Firma Niehus & Wittner von der Güterbahnhofstraße abzweigende, im vorigen Jahre neu angelegte Straße den Namen „Webendorferstraße“

und die zwischen dem Doberenschen und Müller'schen Grundstücke in die

## Das Wichtigste.

\* Der Kaiser hat den bisherigen Generalkonsul von Warschau, Freiherrn von Reichenberg, zum Gouverneur von Deutsch-Ostafrika ernannt.

\* Der kommandierende General des XVI. Armeekorps, General der Infanterie Stoeger, ist gestern mittag in Mez infolge eines Herzschlags verstorben.

\* Graf Tattenbach ist mit Gemahlin, von Algeciras kommend, in Neapel eingetroffen und wird sich von dort nach Rom begeben.

\* Im Besuchgebiet macht die allgemeine Bevölkerung weitere Fortschritte.

\* Zwischen den ausständigen Bergarbeitern in Pennsylvania kam es zu blutigen Kämpfen, wobei vier Personen getötet und viele verwundet wurden.

## Es gährt in Serbien.

In Serbien, dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten, ist wieder einmal eine Ministerkrise ausgebrochen, das Ministerium Gruttsch hat seine Entlassung eingereicht. Hierzu wird weiter gemeldet:

Die Regierung sollte bis zum 18. April, vor dem Beginn der dritten Sitzung des Handelsvertrages, in der Frage der Beziehungen mit dem Wiener Kabinett zu einer Verständigung gelangen. Diese wollen aber der Zentralauschau und die radikale Partei nicht. Sie brägen schon wieder zu einem Krieg mit Österreich-Ungarn und zu einem Einverständnis mit Bulgarien. Da die unabhängigen Radikalen überzeugt sind, daß die Auflösung des Sturzkomitea, in welcher sie über die Mehrheit von zwei Stimmen verfügen, unvermeidlich ist, so wollen sie nicht wegen der Frage des Handelsvertrages mit Österreich-Ungarn fallen, denn in diesem Falle könnten sie bei den Neuwahlen nicht auf einen Erfolg rechnen. Sie ziehen es daher vor, mit der Partei "Kampf gegen die Verschwörer" in die Wahlen zu gehen, und hoffen, auf diese Weise ihre Mandate zu erhalten, welche die Progrässisten und Liberalen mit derselben Partei gewonnen haben. Der König ist in einer Stunde soviel wie er kann, denn es ist ihm jedenfalls unangenehm, daß die Verschwörerfrage bei den Wahlen eine so große Rolle spielen soll, und er kann die Verschwörer nicht aus dem Lande entfernen und die jetzige Regierung behalten, da er überzeugt ist, daß das jetzige Kabinett einen Schluß mit Österreich-Ungarn bedeutet. Der König dürfte bald einen definitiven Beschuß fassen.

Die Verhältnisse in Serbien scheinen also wieder einmal auf einem kritischen Punkte angelangt zu sein. Von englischer Seite wird bereits erwogen, wie lange dem König Peter noch auf dem Throne zu bleiben erlaubt sein würde. Er habe absolut keinen Einfluß mehr in Staatsangelegenheiten und sei stets im Zweifel darüber, ob er die Männer, die das Königspaar ermordeten, unterstützen oder abschneiden solle. Wenn der König abdanken sollte, so könne als sicher angenommen werden, daß der Kronprinz nicht zur Regierung kommen werde. Man erwähne in Belgrad als brauchbaren Theenkandidaten Prinz Waldemar von Dänemark. Ob er aber bereit sein würde, die blutbefleckte Krone des unglücklichen Landes anzunehmen,

nehmen, ist wohl mehr als fraglich. Wenn nun auch die Lage noch nicht so bedenklich erscheint, wie sie sich in englischen Köpfen spiegeln, denen die Frage der Wiederanknüpfung diplomatischer Beziehungen zu Serbien unbestimmt ist, solange die Königsüber öffentliche Amtsträger bekleiden, so ist doch sicher, daß in Serbien hinter den Kulissen wieder etwas vorzeht. Die Entscheidung, ob für oder gegen die Königsüber, die ihn zum Throne verholt haben, dürfte dem Könige nicht leicht fallen.

## Deutsches Reich.

Dresden. (Über eine Wiedervereinigung des Königs Friedrich August von Sachsen) Kurzfristig seit Anfang März immer aufs neue allerlei Gerüchte in Dresdner und Wiener Blättern. Es wird immer wieder behauptet, daß Verhandlungen mit dem Papst geführt werden, um die kirchliche Entscheidung zu ermöglichen und es wird jetzt behauptet, der Weg, der zum Ziel führen kann, sei der, daß Gräfin Moniquojo eine eidliche Erklärung in dem Sinne abgibt, daß die Angaben, die sie in den ersten Tagen nach ihrer Flucht aus Dresden mündlich vor Zeugen und schriftlich in zwei Briefen niedergeschrieben, auf Wahrheit beruhen. — Man wird gut tun, all diesen Gerüchten mit Mißtrauen zu begegnen.

(Zum Ministerwechsel in Sachsen.) Der am 1. Mai aus seinem Amt schiedende Minister v. Meysch wird seiner Hauptwohnstätte in Dresden erhalten, da er weiter an der Spitze des Ministeriums des Königlichen Hauses bleiben wird. — Den eigentlichen Vorsitz im Staatsministerium wird der dienstälteste Minister Dr. Rüger führen, die Rücksichtnahme wird aber der neue Minister des Innern Graf v. Hohenlohe übernehmen, der bekanntlich zugleich das Ministerium des Außenwesens übernimmt.

(Vom neuen sächsischen Gesandten in Berlin.) Der König hat den derzeitigen Amthauptmann in Altenburg und königlichen sächsischen Gesandten in Berlin, Grafen Vitzthum v. Eckstädt, zum Kammerherrn ernannt.

Zwickau. (Sozialdemokratische Parteitag.) Dienstag vormittag wurde hier der sozialdemokratische Parteitag für das Königreich Sachsen eröffnet. Als Vorsitzender wurden gewählt Schmidt-Großau und Glechner-Dresden. Die Verhandlungen sind auf 2 Tage berechnet. Unter den Anwesenden befinden sich die sozialdemokratischen Abgeordneten und Geistl. Berlin als Delegierte des Gesamtvorstandes. Der Abgeordnete Sindermann erstattete den Reichsstaatsbericht des Centralomitees für Sachsen, der sich ausschließlich über die Wahlrechtsvorgänge, die Polizeiemaßnahmen und die großen Streitbewegungen verbreitet. Die Zahl der Mitglieder der sächsischen Parteiorganisation ist in den letzten 5 Jahren von 25 581 auf 54 044 gestiegen. Der Zuwachs seit 1904 betrug rund 6000 Mitglieder. Der Berichterstatter gedankt zum Schluß der sozialdemokratischen Jugend-Organisation.